



RGRE Präsident plädiert für Berücksichtigung besserer Lebensbedingungen in EU Politiken

„Die Verbesserung der Lebensqualität der BürgerInnen muss neben Wirtschaftsfaktoren in EU-Politiken und -Strategien einbezogen werden,“ dies war die Schlüsselbotschaft des Präsidenten des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE), Bürgermeister und Landeshauptmann von Wien, Dr. Michael Häupl, bei seinem Besuch am 14. April nach Brüssel.

Der RGRE weißt die in der EU verbreitete Vorstellung zurück, dass Wirtschaftswachstum der einzige Weg aus der Krise sei. Vielmehr bedarf es einer neuen Vorstellung von Entwicklung, um die Lebensqualität der Bürger durch einen „bottom-up“ Ansatz zu verbessern, der vor allem die örtlichen Bedingungen berücksichtigt. Häupl betonte, dass „wir die wirtschaftliche und soziale Krise nicht mit Hilfe von Slogans überwinden können. Unsere Politik muss ambitionierter sein und sich mehr an den Bedürfnissen der Europäer orientieren.“

Für die Ausrichtung und Bewertung der Kohäsionspolitik sollten zum Beispiel auf dem BIP basierende Faktoren durch umfassendere Kriterien ergänzt werden, wie bereits in der politischen Stellungnahme des RGRE zum Thema vorgeschlagen.

Häupls größte Sorge ist die mangelnde Vision der neuen Europa 2020 Strategie, welche mehr einer reinen Liste technischer Initiativen und Aktionen ähnelt. Europa brauche eine Strategie „die klar die Richtung zu nachhaltiger Entwicklung, Kreativität, Innovation und Forschung weist“, so der Präsident.

Der Strategie mangelt es an Ambitionen, ähnlich der gegenwärtigen Europäischen Kommission, die „der Motor der Gemeinschaft zu sein pflegte. Wir sehen dass die neue Kommission diese Rolle nicht wirklich spielt und der RGRE befürchtet, dass die Staats- und Regierungschefs die Tagesordnung der EU bestimmen“, unterstrich der Präsident.

Vertrag von Lissabon

Während der Vertrag von Lissabon die lokale und regionale Selbstverwaltung anerkennt und das Subsidiaritätsprinzip auf die Kommunen ausdehnt, gibt es von der Kommission noch keine Hinweise, wie sie diese Vorgaben in ihren Politiken und im Entscheidungsprozess umzusetzen gedenkt. Dies gilt insbesondere hinsichtlich der Strategie „Europa 2020“ und ganz allgemein für das Arbeitsprogramm 2010 der Kommission.

In der Tat führt die Kommission in ihrem „Register interessierter Vertreter“ Kommunal- und Regionalvertreter in der Kategorie ‚andere Organisationen‘ gemeinsam mit akademischen Organisationen und Religionsgruppen auf - ein Zustand den der RGRE nicht länger akzeptieren möchte. Häupl unterstrich, dass es höchste Zeit sei, ein wirkliches Mehrebenenregierungssystem einzurichten, wie von der Trio-Präsidentschaft

am 17. März in Malaga vereinbart. Der Präsident erinnerte an die Rolle des RGRE vor zehn Jahren und den damaligen Präsidenten Valery Giscard D'Estaing, die Prinzipien der Mehrebenenregierung und der Subsidiarität in den Lissaboner Vertrag zu verankern.

Der RGRE fordert eine Anhörung zur Europa 2020 Strategie

Unter der Lissabon-Strategie waren dezentrale Regierungsebenen nicht am Erstellen nationaler Aktionspläne beteiligt. Man erwartete von ihnen nur die Umsetzung der von der zentralen Regierungsebene beschlossenen Maßnahmen. Diese Praxis ist inakzeptabel, so Häupl, da lokale und regionale Gebietskörperschaften die Regierungsebenen sind, welche den Bürgern am nächsten sind und daher in der besten Lage sind zu entscheiden, was zur Stimulierung von Beschäftigung und nachhaltiger Entwicklung nötig ist. "Die endgültige Version der Europa 2020 Strategie, die im Juni angenommen wird, sollte deshalb eine klarere Aussage zur deren entscheidendem Beitrag zu einer Erreichung der Ziele haben," so der RGRE Präsident.

In diesem Kontext ruft der RGRE die Mitgliedsstaaten dazu auf, Konsultationen mit allen Regierungsebenen sowie mit nationalen Kommunal- und Regionalverbänden durchzuführen. Der RGRE fordert auch die Kommission dazu auf, einen kontinuierlichen Dialog mit den Verbänden der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften Europas einzurichten.

Council of European Municipalities and Regions (CEMR)

Press Officer : Emilie Melvin

Square De Meeûs 1,

B-1000 Brussels

Tel : + 32 2 500 05 34

Fax : + 32 2 511 09 49

Email : emilie.melvin@ccre-cemr.org